



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat

Nr. 364 2004/2009

von Silvio Bonzanigo namens der CVP-Fraktion,
Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion
und Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion
vom 19. Februar 2008
(StB 623 vom 25. Juni 2008)

**Wurde anlässlich der
49. Ratssitzung vom
11. September 2008 über-
wiesen.**

Verzicht auf die Forderung an den Kanton Luzern, die Langzeitgymnasien abzuschaffen

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

In der Städteinitiative Bildung Volksschule – seit 2005 als selbstständiger, privatrechtlicher Verein nach ZGB organisiert – schliessen sich Bildungsverantwortliche von zurzeit 23 Schweizer Städten im Sinne einer Interessengemeinschaft zusammen, um Positionen zu wichtigen bildungs- und integrationspolitischen Fragestellungen aus Sicht der Städte zu diskutieren und zu erarbeiten.

Ziel der Städteinitiative Bildung Volksschule und der zusammengeschlossenen städtischen Bildungsverantwortlichen ist es, sich unmissverständlich zu schulpolitischen wichtigen Themen aus Sicht der Bildungsverantwortlichen der Kernstädte zu äussern. Dieser Verbund von Praktikern nimmt sich der Probleme an, die sich in der Umsetzung kantonaler Vorgaben im Bereich Volksschule auf der Gemeindeebene ergeben. Zudem fördert die Städteinitiative Bildung Volksschule den Informations- und Meinungs austausch unter ihren Mitgliedern und die wirksame Aufgabenerfüllung ihrer Mitglieder, namentlich durch die Aufbereitung von Kennzahlen und durch Informationsaustausch („voneinander lernen“).

Dabei hat sie sich selber auch die Frage ihrer Legitimation gestellt und festgehalten, dass die städtischen Bildungsverantwortlichen ad personam mit ihrer persönlichen Meinung an den Konferenzen teilnehmen. Forderungen, Entwicklungen, Ideen der Städteinitiative Bildung Volksschule werden gegen aussen mit der Mehrheitsmeinung der anwesenden Mitglieder kommuniziert. Dabei kann die Position einer Stadtexekutive von dieser Mehrheitsmeinung vollständig abweichen. Man nimmt diese mögliche Situation in Kauf, um ein schnelles und effizientes Handeln, ein freies Denken und die Förderung von Ideen und Denkanstössen zu ermöglichen.

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch
www.StadtLuzern.ch

In ihrer Funktion hat die Städteinitiative Bildung Volksschule im November 2007 eine Positionspapier betreffend den Übergang für die Lernenden von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II verabschiedet und im Januar 2008 öffentlich gemacht. Mit der Hauptforderung einhergehend, die Sekundarstufe I nach einem einheitlichen Modell integrativ zu führen, wurde auch konsequenterweise die Abschaffung der Langzeitgymnasien postuliert.

Die Postulantin und die Postulanten verlangen vom Stadtrat, auf die Unterstützung der Forderung der Städteinitiative Bildung Volksschule an die Kantone, die Langzeitgymnasien bis 2011 abzuschaffen, zu verzichten und den Kanton Luzern entsprechend zu informieren.

Das Positionspapier wurde in der Städteinitiative Bildung Volksschule mit einer Mehrheit der anwesenden Mitgliederstädte beschlossen und sollte einen schweizweiten, wenn durchaus provokativ wirkenden Diskussionsbeitrag zur Entwicklung der Volksschule darstellen. Da der städtische Bildungsdirektor Urs W. Studer seit 2005 Präsident der Städteinitiative Bildung Volksschule ist (vgl. Gesamtplanung 2006–2010, Seite 57, linke Seite), hat er in dieser Funktion das Positionspapier auch in der Öffentlichkeit vertreten. Er tat dies aber zu keinem Zeitpunkt im Namen des Stadtrates. Damit ist auch gesagt, dass nicht der Luzerner Stadtrat, sondern der Verein „Städteinitiative Bildung Volksschule“ die Forderungen aufstellte. Der Stadtrat kann deshalb nicht auf eine Forderung verzichten, die er gar nicht gestellt hat. Obwohl er die Position der Städteinitiative Bildung Volksschule nachvollziehen kann, sieht er aufgrund der klaren politischen Situation und der kantonalen Zuständigkeit keinen Handlungsbedarf, sich gegenüber der Kantonsregierung im heutigen Zeitpunkt zu äussern.

Nach der Publikation des Positionspapiers hat am 28. Februar 2008 zwischen den Verantwortlichen der Kantonsschule Alpenquai und dem städtischen Bildungsdirektor ein klärendes Gespräch stattgefunden. Der kantonale und der städtische Bildungsdirektor haben sich zusätzlich bei Kurzkontakten an diversen Veranstaltungen über die Thematik unterhalten. Zudem hat der Kantonsrat am 4. März 2008 zum regierungsrätlichen Legislaturprogramm 2007 bis 2011 ohne Gegenstimmen folgende Bemerkung an die Regierung überwiesen: „Die Untergymnasien sind dort zu erhalten, wo sie pädagogisch oder wirtschaftlich Vorteile oder zumindest keine Nachteile bringen“. Diese Bemerkung ist ein eindeutiges Bekenntnis zu den Langzeitgymnasien.

Stellungnahme der Schulpflege Stadt Luzern

Die Schulpflege hat grundsätzlich eine positive Haltung zu realitätskonformen integrativen Schulmodellen sowohl auf der Primarstufe wie auch auf der Sekundarstufe I. Nebst der laufenden Projektierung der integrativen Schulung auf der Primarstufe ab 2011 hat sie die Dienstabteilung Volksschule auch beauftragt, ein integratives Schulmodell auf der Sekundarstufe I zu planen und bis Ende September 2009 einen entsprechenden Bericht und Antrag vorzulegen. Die Schulpflege wird sich dann mit der im Postulat aufgeworfenen Thematik eingehend auseinander setzen.

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Stadtrat von Luzern

